

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Redakteur
Herrn R. 20.
Herrn R. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonto
Dresden 1590.
Girokonto
Riesa Nr. 22.

Nr. 133.

Dienstag, 11. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer der Ausgabezeitung sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für eine Zeile 100 bis 1200 Zeichen (50 bis 1000 Buchstaben). Einmalige Anzeigen 100 bis 200 Zeichen (50 bis 100 Buchstaben); 2. bis 4. mal 50 bis 100 Zeichen (25 bis 50 Buchstaben); 5. bis 10. mal 40 bis 80 Zeichen (20 bis 40 Buchstaben); 11. bis 20. mal 30 bis 60 Zeichen (15 bis 30 Buchstaben); 21. bis 30. mal 20 bis 40 Zeichen (10 bis 20 Buchstaben); 31. bis 40. mal 15 bis 30 Zeichen (7 bis 15 Buchstaben); 41. bis 50. mal 10 bis 20 Zeichen (5 bis 10 Buchstaben); 51. bis 60. mal 5 bis 10 Zeichen (2 bis 5 Buchstaben); 61. bis 70. mal 5 bis 10 Zeichen (2 bis 5 Buchstaben); 71. bis 80. mal 5 bis 10 Zeichen (2 bis 5 Buchstaben); 81. bis 90. mal 5 bis 10 Zeichen (2 bis 5 Buchstaben); 91. bis 100. mal 5 bis 10 Zeichen (2 bis 5 Buchstaben). — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsjahre: 1. Januar bis 31. Dezember. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Im Zeichen der Zahlen.

zu. Das Sachverständigen-Gutachten ist ein Zahlenproblem. An den Zahlen arbeiten die Sachverständigen so lange, an den Biffen wäre die Konferenz fast gescheitert. Und jetzt, da man in Paris die Unterschrift unter den Bericht gezeichnet hat, beginnt in den beteiligten Ländern die genaue Untersuchung, ob die festgestellten Zahlen nicht eine unliebsame Enttäuschung in sich schließen. Die gegebenen Zahlen können nicht einfach an sich bewertet werden. Hinter jeder Zahl steht das Finanzgebahren des Landes, hinter jeder Zahl das Fragezeichen, ob sie tatsächlich nicht eine Last darstellt, die unaufrichtig ist. Das Letzte hat nämlich Deutschland zu untersuchen. Die Untersuchungen sind im Gange. Auf der einen Seite finden wir Optimisten, die in dem Abkommen eine glückliche Lösung sehen und nur die durch den Vorschlag ermittelte Zahlung beurteilen. Sie glauben daran, dass „Entgegenkommen“ werde und die Möglichkeit geben, den Verpflichtungen nachzukommen. Auf der anderen Seite stehen aber die Verantwortlichen, die die eine Zahl richtig zu sehen verstehen, die genau wissen, was eine Zahl im Wirtschaftsleben bedeutet. Und gerade sie neigen zu einer ernsten Kritik des Abkommens. Es ist die deutsche Schwerindustrie, die den Spuren Dr. Böckers folgt und einmal für Ablehnung der Sachverständigen-Vorschläge eintritt, sobald den Vorschlag macht, einen Reichskommissar für Reparationsfragen einzusetzen. Wir müssen nicht ohne weiteres annehmen, daß hier lediglich die parteipolitische Einstellung das Urteil gibt, nicht nur der Egoismus der Schwerindustriellen gegen die von uns geforderten Zahlungen opponiert. Nein, wir haben daran zu denken, daß die Schwerindustrie wiederholt heftig einsprach, als das Reich flüssige Mittel, als es Bürgschaften brauchte. Die Schwerindustrie hat nicht gezögert und selber freilich große Lasten auf sich genommen. Wenn sie jetzt zu einer Ablehnung der Vorschläge kommt, so meint sie, daß in diesem Abkommen eine Behinderung der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung liegt, und jede Möglichkeit genommen wird, in einer Zeit länger als ein Menschenalter die notwendige wirtschaftliche Expansion zu treiben, die im Interesse des Landes, wie jeden einzelnen Steuerzahlers liegt. Sie wird die Zahlen genau geprüft haben, und sie wird sich schließlich unter dem Abkommen beugen. Aber wir haben damit zu rechnen, daß jede Stagnation von der Schwerindustrie im Laufe der nächsten Jahre auf das unglückliche Reparationsabkommen geschoben wird. Der Streit zwischen dieser Industrie und dem für das Abkommen verantwortlichen Politiker wird weiter bestehen bleiben.

Daß es schwer sein wird, auch die jetzt festgestellten Zahlungen aufzubringen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Wir haben die Beweise tatsächlich in nächster Nähe, denn wir können die Not der Wirtschaft, den Kapitalmangel immer wieder feststellen. Er kann nur in jahrelanger harter Arbeit behoben werden, und auch nur dann, wenn die Steuerlasten beträchtlich gemildert sind. Widerung der Steuerlasten ist eine Forderung, die Berechtigung hat, aber doch hört man in parteipolitischen Kreisen schon andere Vorschläge: Weiterer Ausbau der sozialen Aufgaben ist der eine. Man weiß, daß die Arbeiten, die eine Sparmaßnahme des Reiches im großen Stil vorsehen, unfähig schleppend geworden sind. Immer mit dem Hinweis, daß sie erst im Herbst die große Reform kommen, und bis dahin sich noch manches ändern könne. Meiner kann sich bis dahin nur die Auffassung der Parteien, die Träger der großen Reform sein sollen, dieser Reform, von der jetzt jeder Minister bei der Besprechung seines Staats Schwärmt und der vieles zugehoben wird, was unmöglich einbezogen werden kann. Die größte und notwendigste Reform wäre jedenfalls eine Steuerentlastung. Das andere alles ist Weigabe, muß sich aus dieser Reform entwickeln. Nur wenn durch ermäßigte Steuern eine Entlastung der Produktionsquellen eintritt, können die Steuerzahler die Lasten tragen, die jetzt als tote Biffen vor uns stehen.

Der Bericht des Reparationsagenten.

* Berlin. (Telunt.) Nach der Aufstellung des Büros des Generalagenten für Reparationszahlungen sind im bisherigen Verlauf der fünfjährigen Amtszeit seit September 1923 bis Ende Mai insgesamt 1 896,5 Millionen Goldmark aufgenommen, davon im Mai rund 186 Millionen Goldmark. Insgesamt wurden in ausländischer Währung transferiert seit September 977,8 Millionen Goldmark und im Mai 114,1 Millionen Goldmark. In Reichsmark wurden für Sachlieferungen, Besatzungskosten usw. insgesamt seit September 1 679,5 Millionen und im Mai 201,5 Millionen gezahlt. Von dem Transfer erhielt Frankreich mit 899,7 bzw. 97 Millionen Goldmark wieder den weitaus größten Teil, dann folgt das britische Reich mit 278,2 bzw. 45,8 Millionen Goldmark.

Die endgültigen Ergebnisse der englischen Wahlen.

London. Die jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnisse der englischen Wahlen zeigen folgende Verteilung im Unterhaus: 288 Mitglieder der Arbeiterpartei, 258 Konservern, 58 Liberale, 9 Unabhängige. Das einzige Resultat, das noch nicht bekannt ist, ist das Wahlresultat in den Wahlen durch den Tod des Arbeitersandkandidaten umgewandelt wurde. Am 12. ds. Mts. findet eine Nachwahl statt.

Der Reichstag über Kultur- und Schulfragen.

Abg. Berlin, den 10. Juni, 3 Uhr.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums

wird fortgesetzt. Damit wird verbunden die erste Beratung der Vorlage, durch die die **Geltungsdauer des Gesetzes zum Schutze der Republik**

um drei Jahre verlängert werden soll.

Bei der Geschäftsordnungsdebatte über die Redezeit wird vom Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt. Auf die Alarmglocke des Präsidiums kühlt sich der Saal nur sehr langsam.

Der Präsident erklärt, er werde die Frage der Beschlußfähigkeit durch eine namentliche Abstimmung entscheiden lassen. Daraufhin erheben unter dem Gelächter der Sozialdemokraten verschiedene Kommunisten, die vorher draußen geblieben waren, im Saal. Bei der Abstimmung werden nur 239 Karten statt der zur Beschlußfähigkeit erforderlichen 246 abgegeben.

Präsident Löbe beräumt für fünf Minuten später eine neue Sitzung an.

Bei Eröffnung der neuen Sitzung beanstandet Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) wiederum die Beschlußfähigkeit. Präsident Löbe stellt die Einigkeit des Büros darüber fest, daß jetzt das Haus beschlußfähig ist.

In der Fortsetzung der Aussprache über den Etat des Innern bezeichnet es Abg. Dr. Hellpach (Dem.) als notwendig, die Gegensätze zwischen Katholiken, Evangelischen und Protestanten zu klären. Diese tragische Zerreißung des deutschen Volkes habe andererseits auch eine große Bereicherung des deutschen Kulturlebens herbeigeführt. Die Grenze der Freiheit für die Kunst der Zukunft werde sich schwer ziehen lassen. Der Satiriker will mit seiner Peitsche nicht bloß knallen, sondern auch zuschlagen und verletzen. Um die Gewissen aufzurütteln, muß der Künstler auch einmal an die heiligsten Gefühle der andern rühren. Das gilt für George Grosz und seine katholischen Kritiker. Von der Spitze der katholischen Kirche sind auf der andern Seite oft Töne gegen evangelische und freigeistliche Kreise angeschlagen worden, die es berechtigt erscheinen ließen, wenn auch diese Kreise einen Schuß ihrer Gefühle verlangen würden. Alle Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften können in dieser Beziehung vor der eigenen Tür stehen. Das Scheitern des Schulgesetzes ist zum großen Teil auf die fehlerhafte Anlage zurückzuführen, die ihm vom Zentrum in Verbindung mit den Deutschnationalen gegeben wurde. Eine ähnliche Fehlbildung wie beim Schulgesetz scheint in der Konfessionsfrage gemacht zu werden. Bedenklich ist hierbei, daß das Konfessionsamt in Einzelstaaten abgeschlossen wird, statt vom Reich. Diese Konfessionsämter sind ein schweres Hindernis für die Unitarisierung des Reiches. Bedenklich genug ist schon die Verschiedenartigkeit der Lehrerbildung in den verschiedenen Ländern. Unsere Jugend fühlt sich heute mehr deutsch als bayerisch, preussisch oder badisch. Dieses Gefühl sollte gefördert werden. Das Schulwesen muß zur Sache des Reiches werden. Jetzt wird es in der Hauptsache von Preußen geleitet. Wir bekunden unsere dankbare Anerkennung dem ausgezeichneten Leiter des preussischen Schulwesens, Dr. Weder. Wir warnen davor, ihn nur deswegen zu stürzen, weil man einen anderen an seine Stelle setzen

will. Bedauerlich ist der neuerdings geführte Kampf gegen die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Der Erfolg dieser Organisation durch die Ministerialbürokratie der Länder würde ein Rückschritt sein.

Abg. Dr. Ullrich (Soz.) dankt dem Minister dafür, daß er für die Erziehungsangelegenheiten eingetreten sei. Die soziale Frage dürfe bei den Schulfragen nicht vergessen werden. Das Bildungsprivileg des Besitzes müsse verschwinden, auch in seinen Wirkungen beim Berechtigungsweisen.

Abg. Dr. Spahn (Dn.) bedauert das Scheitern des Reichsschulgesetzes. Ohne ein solches Gesetz sei eine erfolgreiche Kulturpolitik nicht möglich. Die Ausführungen des Zentrumredners gegen den „Stahlhelm“ seien unberechtigt. Die marxistische Auffassung veranlasse den Minister, sein Augenmerk mehr auf die Volksschule als auf die Kultur zu richten. Von dem sozialdemokratischen Parteimeinung sei das Bekenntnis zum Weltbürgertum zu verstehen, nicht aber vom deutschen Innenminister. Volksgedanktag werde in diesem Jahre nur der 28. Juni sein, der Jahrestag des Verfalls der Diktatur, nicht der Jahrestag der Weimarer Verfassung.

Abg. Kunze (Dp.) bedauert, daß nach den von dem Kulturreich erfüllten Verhandlungen der Weimarer Nationalversammlung in den letzten zehn Jahren nur das kleine Grundschulgesetz zurande gebracht worden sei. Das Reichsschulgesetz sei an der Korkenzieher und an den weltanschaulichen Gegensätzen gescheitert. Die Notwendigkeit der schleunigen Schaffung eines Schulgesetzes ergebe sich allein aus den Schulverhältnissen in Braunauweil. Der Minister sollte das Grenz- und Auslandsdeutschtum fördern, besonders in der Nordmark.

Abg. Hofmann-Rudwighausen (Btr.) fordert die Verlegung eines Reichs-Spielfeldgesetzes, wünscht Förderung der Jugendberbergen und beklagt die bürokratischen Erschwerungen, die von der Reichsbahnverwaltung den Jugendfahrten an ermäßigten Preisen gemacht werden.

Abg. Dr. Rotes (Soz.) verteidigt den Abbruch von einer Million bei der Unterstützung der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Ein großer Teil der Mittel sei von dieser Rotgemeinschaft zur Herausgabe von Schriften verwandt worden, die für das Volksganze bedeutungsvoll waren, während bessere Arbeiten vernachlässigt wurden. Darum soll aus Mitteln der Allgemeinheit die Herausgabe von Werken ermöglicht werden wie „Die Kirchenführer aus dem Hause Schweinsburg“ und so viele ähnliche Spezialismen? Warum muß einem Siedener Professor aus diesen Mitteln eine Studienreise nach Wien bewilligt werden zur Unterstützung der Röntgen-Einwirkung auf Ratten? Das konnte man auch in Gießen untersuchen. Die Soziologie wird dagegen von dieser Rotgemeinschaft vernachlässigt zugunsten spezialistischer Spielereien. Unter den zweihundert Professoren der Rotgemeinschaft ist in den Ausschüssen nicht ein einziger Sozialdemokrat. Unsere Kritik soll nur sein ein Signal zur Selbstbestimmung in diesen Kreisen. Wir haben zu viele wissenschaftliche Organisationen und Universitäten. Hier wäre Rationalisierung angebracht.

Abg. Frau Dr. Stegmann (Soz.) begründet eine Entschließung, in der die beschleunigte Vorlage einer Denkschrift über die beschleunigte Nachprüfung der wissenschaftlichen Grundlagen des Impfgesetzes verlangt wird.

Um 7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 8 Uhr, vertagt.

Veröffentlichung der Anlagen zum Reparationsbericht.

Nunmehr werden auch die Anlagen zu dem Bericht der Reparationskommission veröffentlicht, deren Inhalt im wesentlichen bereits bekannt ist.

Anlage 1 gibt die Richtlinien für die Organisation der Bank für internationale Zahlungen und enthält die näheren Angaben über 1. Zweckbestimmung, Name und Sitz der Bank; 2. Grundkapital; 3. Organisationsauskunft; 4. Direktorium und Verwaltung; 5. Einlagen; 6. Darlehen, Diskontierungen und Gelddarlehen; 7. Treuhänderaufgaben; 8. Aufgaben der Bank als Verwalterin des Dienstes der deutschen Annuitäten; 9. Aufgaben der Bank als Agent; 10. Liquiditätsbestimmungen; 11. Gewinnverteilung; 12. Bilanzprüfung, Ueberweisung des Saldo und weitere ergänzende Bestimmungen.

Anlage 2 enthält eine schriftliche Äußerung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Auslegung des Wortes „Reichsmark“.

Anlage 3 behandelt die Frage der Mobilisierung und gliedert sich in Bestimmungen über die Form der Verpflichtungen, die Begebung von Schuldverschreibungen, die Nebenbedingungen, die allgemeine Form der Schuldverschreibungen, den Dienst der mobilisierbaren und nichtmobilisierbaren Teile der Annuitäten-Coupons, und über die Möglichkeiten der Reparationsbank in diesem Zusammenhang,

die im besonderen in der Begebung von Schuldverschreibungen und Konvertierungsschuldverschreibungen bestehen.

Anlage 4 enthält die Bedingungen für den Transfer und den Zahlungsausschub.

Anlage 5 empfiehlt die Einsetzung besonderer Organisationskomitees für bestimmte technische Fragen.

Anlage 6 behandelt die belgische Markforderung und nimmt Kenntnis von der bevorstehenden Eröffnung direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über diese Frage.

Anlage 7 gibt eine tabellarische Uebersicht über die von den Sachverständigen der Gläubigerländer vorgeschlagene Verteilung der Annuitäten.

Anlage 8 enthält die Bestimmungen über die Bildung eines Garantiefonds im Zusammenhang mit dem ausgeschübten Teil der Annuitäten.

Ein gleichfalls gestern veröffentlichtes Sondermemorandum der Sachverständigen der Hauptgläubigerländer gibt eine Uebersicht über die Beträge, die von den vorgeliehenen Annuitäten für die Dedung der Kriegsschuldzahlungen bestimmt sind, und empfiehlt den Abschluß eines Abkommens zwischen Deutschland und den Gläubigerregierungen, das die Frage der Beteiligung an den Nettoverleicherungen regelt, die irgend ein Gläubigerland hinsichtlich seiner Kriegsschuldzahlungen in Zukunft tatsächlich erhalten sollte.